

Gemeinde Südlohn

Niederschrift über die Sitzung

des: Rates
vom: Mittwoch, 20. September 2006

VIII. Sitzungsperiode / 17. Sitzung

Ort: Wiegboldsaal, Haus Wilmers im OT Südlohn
Beginn: 18.00 Uhr
Ende: 22.20 Uhr

Anwesenheit:

- | | | | |
|------|-----------------|-----|-------------------------|
| I. | Vorsitz: | 1. | Bürgermeister Beckmann |
| II. | Ratsmitglieder: | 2. | Bischof, Josef |
| | | 3. | Bonse-Geuking, Anette |
| | | 4. | Dapper, Monika |
| | | 5. | Engbers, Frank |
| | | 6. | Frieling, Hermann-Josef |
| | | 7. | Spicker, Christian |
| | | 8. | Harmeling, Thomas |
| | | 9. | Kahmen, Alois |
| | | 10. | Lüdiger, Karlheinz |
| | | 11. | Mürmann, Anneliese |
| | | 12. | Osterholt, Günter |
| | | 13. | Pass, Wilhelm |
| | | 14. | Plewa, Ingo |
| | | 15. | Rathmer, Norbert |
| | | 16. | Vedder, Christian |
| | | 17. | Battefeld, Jörg |
| | | 18. | Bergup, Günter |
| | | 19. | Große Venhaus, Franz |
| | | 20. | Sievers, Alfons |
| | | 21. | Brüning, Hans |
| | | 22. | Schmeing, Manfred |
| | | 23. | Stödtke, Rolf |
| | | 24. | Schleif, Josef |
| III. | Entschuldigt: | 25. | Bone-Hedwig, Maria |
| | | 26. | Gröting, Ludger |
| | | 27. | Schlechter, Jörg |
| IV. | Ferner: | 1. | AL 01/32 – Schlottbom |
| | | 2. | AL 20 – Wilmers |

Der Bürgermeister (**BM**) stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung werden allen Ratsmitgliedern folgende Unterlagen überreicht:

- a) Vorlage Nr. 80273a betr. Beantwortung des Antrages der CDU-Ratsfraktion vom 06.06.06 zur Beratung und Beschlussfassung über das weitere Vorgehen im Bebauungsplanverfahren Burloer Straße-West in Oeding,
- b) Der geänderte Sitzungsterminplan für das Jahr 2006 aufgrund der Verlegung der nächsten Ratsitzung,
- c) Niederschrift über die Sitzung des Bau-pp.-Ausschusses vom 06.09.2006,
- d) Amtsblatt Nr. 13.

Ferner liegen allen Ratsmitgliedern die Vorlage Nr. 80301 betr. Festsetzung des Ablösungsbetrages für den Stichweg abzweigend von der „Ossenschloge“ in Südlohn vor. Der **BM** schlägt vor die Tagesordnung als TOP I.7 um diese Angelegenheit zu erweitern. Der bisherige Tagesordnung TOP I.7 wird neu TOP I.8.

Einwendungen gegen diesen Vorschlag werden nicht erhoben. Weitere Änderungs- und Ergänzungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht, so dass diese festgestellt wird.

I. Öffentlicher Teil

TOP 1: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 23.08.2006

1.1 Zu TOP I.2.1 – Antrag der SPD-Fraktion vom 25.04.2006 zur Sitzung am 10.05.2006 betr. Politische Leitkultur

In Erwidern der persönlichen Erklärung des **RM Schmeing** (Anlage zur Niederschrift über die Ratsitzung vom 23.08.2006) gibt **RM Frieling** eine persönliche Erklärung ab, die als Anlage dieser Niederschrift beigelegt ist.

Anschließend gibt der **BM** dem **RM Schmeing** Gelegenheit, sich bei **RM Frieling** zu entschuldigen. Dieser sieht persönliche Rechte berührt und kündigt an, sich hierzu im nichtöffentlichen Teil der heutigen Sitzung weiter zu erklären.

1.2 Zu TOP I.5.2 – Antrag der CDU-Fraktion vom 08.08.2006 betr. Städtebauliches Gesamtkonzept mit Umgestaltung der Eschstraße zwischen Breul und Eschlohner Straße

Der **UWG-Fraktionsvorsitzende RM Sievers** hat unter diesem TOP in einem seiner Wortbeiträge den Begriff „Finanzverschleierung“ im Zusammenhang mit seinen Ausführungen zur finanziellen Situation der Gemeinde, zur Gründung des Eigenbetriebes und anderer Thematiken verwendet.

Der **BM** verliest sein Schreiben vom 24.08.2006 an **RM Sievers**, in dem er ihm Gelegenheit gibt, sich zu diesem Sachverhalt klarstellend zu äußern.

Außerdem wird von ihm das Antwortschreiben vom 04.09.2006 des Rechtsanwaltes von RM Sievers verlesen. Der **BM** gibt anschließend RM Sievers die Gelegenheit, sich abschließend zu erklären.

RM Sievers erklärt, dass durch das Verlesen beider Schreiben die Angelegenheit sowohl für ihn als auch für die Fraktion erledigt ist.

Der **BM** nimmt dies zur Kenntnis.

1.3 Genehmigung der Niederschrift

Da die persönliche Erklärung von **RM Schmeing** als Anlage zur Niederschrift über die Sitzung vom 23.08.2006 genommen und damit nicht Bestandteil der Niederschrift wurde, beantragt die **CDU-Fraktion** die getrennte Abstimmung.

Nach Auffassung der **SPD-Fraktion** ist die Erklärung zur Niederschrift über die Sitzung vom 23.08.2006 abgegeben worden. Sie gehört damit zum Protokoll und ist von diesem nicht zu trennen.

Beschluss (Antrag der CDU-Fraktion):

16 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
4 Enthaltungen

Es wird getrennt über die Niederschrift und die Anlage zur Niederschrift abgestimmt.

Beschluss (Niederschrift ohne Anlage):

15 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
5 Enthaltungen

Die Niederschrift über die Sitzung vom 23.08.2006 (ohne Anlage) wird genehmigt.

Damit erübrigt sich eine weitere Beschlussfassung.

TOP 2: Geschäfts- und Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2005

2.1 Kultur- und Freizeitbetrieb (Sitzungsvorlage Nr. 80281)

Der Vorsitzende des Betriebsausschusses, **RM Osterholt**, berichtet aus der Beratung in der Sitzung des Ausschusses vom 30.08.2006, indem dieser dem Gemeinderat einstimmig empfiehlt, folgende Beschlüsse zu fassen:

Beschluss:

23 Ja-Stimmen
1 Enthaltung

1. Der Jahresabschluss zum 31.12.2005 des Kultur- und Freizeitbetriebes der Gemeinde Südlohn wird mit den im Geschäftsbericht ausgewiesenen Zahlen festgestellt. Die Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2005 schließt mit einem Jahresgewinn ab.
2. Der im Geschäftsjahr 2005 entstandene Gewinn in Höhe von 13.263,95 € wird der Allgemeinen Rücklage zugeführt.

2.2 Grundstücks- und Immobilienbetrieb (Sitzungsvorlage Nr. 80282)

Der Vorsitzende des Betriebsausschusses, **RM Osterholt**, berichtet aus der Beratung in der Sitzung des Ausschusses vom 30.08.2006, indem dieser dem Gemeinderat einstimmig empfiehlt, folgende Beschlüsse zu fassen:

Beschluss:

**23 Ja-Stimmen
1 Enthaltung**

1. Der Jahresabschluss zum 31.12.2005 des Grundstücks- und Immobilienbetriebes der Gemeinde Südlohn wird mit den im Geschäftsbericht ausgewiesenen Zahlen festgestellt. Die Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2005 schließt mit einem Jahresgewinn ab.
2. Der im Geschäftsjahr 2005 entstandene Gewinn in Höhe von 447.073,03 € wird zur Abdeckung des Jahresverlustes 2004 verwendet und darüber hinaus der Allgemeinen Rücklage zugeführt.

TOP 3: Namensvergabe für die Mehrzweckhalle Oeding (Sitzungsvorlage Nr. 80238a)

Der Betriebsausschuss hat in seiner Sitzung am 30.08.2006 dem Gemeinderat einstimmig folgende Namensalternativen vorgeschlagen:

**Euregiohalle
Westmünsterlandhalle
Grenzlandhalle
Freyheid Oeding
Jakobi-Halle**

Der Vorsitzende des Betriebsausschusses, **RM Osterholt**, dankt allen Bürgern für ihre Teilnahme am Wettbewerb und ihre vielfältig vorgetragenen Ideen. Gleichfalls bedankt er sich beim SOMIT e.V. sowie dem Bürgermeisterbüro für die Durchführung des Wettbewerbs. Diesem Dank schließen sich die anderen **Fraktionen** und der **BM** an.

RM Schleif bittet um Erläuterung, bei welchen Namensvorschlägen eine Doppelung durch gleiche Namensgebung anderenorts vorliegt.

Als Westmünsterlandhalle wird die Mehrzweckhalle in Heiden bezeichnet. Eine Euregiohalle existiert in Gronau und als Sporthalle in Bocholt. Der Name Grenzlandhalle findet sich in vielen Grenzregionen.

Nach Auffassung der **CDU-Fraktion** sollte mit dem Namen eine Identifikation zum Ort und zur Gemeinde hergestellt werden. Nach Auswertung eigener weiterer Befragungen sind die nun vorliegenden Vorschläge nicht identisch mit den hieraus gewonnen Erkenntnissen.

Der Name Grenzlandhalle ist auch nach ihrer Auffassung vielfach in Grenzregionen in der Bundesrepublik vorhanden. Die geografische Position der Gemeinde sollte nicht nach der Lage an der niederländischen Grenze, sondern grenzüberschreitend gesehen werden. Hierdurch liegt die Gemeinde im Zentrum euregionaler Verflechtungen. Ein Bezug zum Ort ergibt sich bei dem Namen „Jakobi-Halle“ durch vorhandene Anknüpfungen an die Jakobistraße, die Pfarrkirche St. Jakobus und den St. Jakobi Schützenverein, der seinerzeit

zudem Mitinitiator für die Errichtung der Mehrzweckhalle war und weiterhin Hauptnutzer der Halle ist.

Die Fraktion schlägt daher den Namen „Jakobi-Halle der Gemeinde Südlohn“ (ohne Zusatz Oeding) vor.

Die Mehrzahl der eingegangenen Namensvorschläge spricht sich für den Namen „Grenzlandhalle“ aus. Da dieser zudem einem früher gemachten eigenen Vorschlag entspricht, schlägt die **UWG-Fraktion** den Namen „Grenzlandhalle“ vor.

Für die **SPD-Fraktion** ist die Namensgebung für unsere Region bedeutend. Die Mehrzweckhalle als Halle für die Gesamtgemeinde Südlohn sollte keinen direkten Bezug zu nur einem Ortsteil haben. Sie schlägt daher den Namen „Westmünsterlandhalle“ vor.

Beschluss: **15 Ja-Stimmen**
8 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Die Mehrzweckhalle erhält den Namen „Jakobi-Halle der Gemeinde Südlohn“.

TOP 4: Änderung und Neufassung des Gesellschaftsvertrages der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Borken mbH (WFG) (Sitzungsvorlage Nr. 80298)

Die aus der **CDU-Fraktion** vorgeschlagene klarstellende Änderung des neuen § 11 Buchst. j mit „Gründung von Tochtergesellschaften und Beteiligung an anderen Gesellschaften“ kann nicht Gegenstand der Abstimmung sein, weil bereits andere Kommunen und auch der Kreistag Borken der Änderung und Neufassung des Gesellschaftsvertrages in der vorliegenden Fassung zugestimmt haben. Gleichwohl soll dieser Vorschlag als Empfehlung an die WFG weiter gegeben werden.

Beschluss: **23 Ja-Stimmen**
1 Enthaltung

Der Neufassung des Gesellschaftsvertrages der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Borken mbH (WFG) wird zugestimmt.

TOP 5: Hundehaltung in der Gemeinde Südlohn (Sitzungsvorlage Nr. 80295)

Hintergrund des von der Verwaltung vorgelegten Konzeptes ist das Schreiben des Heimatvereins Südlohn e.V. vom 01.08.2006 und der entsprechende Auftrag des Gemeinderates aus der Sitzung vom 23.08.2006.

Nach Auffassung von **RM Schleif** ist der Satz unter A.2 „Vorsatz und Fahrlässigkeit sind nachzuweisen, wobei...“ aus der „Satzung“ zu streichen. Ferner ist der Verwaltungsvorschlag zur Ahndung der Verunreinigungen öffentlicher Anlagen und Plätze durch Hundekot (A.3) mit zu viel Verwaltungsaufwand und damit zu hohen Kosten verbunden, die nicht in Relation zum angestrebten Ziel stehen. Die vorliegenden Vorschläge stellen nach seiner Auffassung eine Einladung an die Hundehalter zum Fehlverhalten dar.

Zur Prävention muss außerdem eine regelmäßige Überprüfung und Kontrolle an bestimmten Brennpunkten in der Gemeinde erfolgen.

Die **SPD-Fraktion** sieht in den Vorschlägen zu A.3 bei der Ahndung der Verunreinigung öffentlicher Plätze durch Hundekot zu viele Aktivitäten der Verwaltung, bevor konkret mit Bußgeld geahndet wird. Die Fraktion vermisst den Vorschlag, Frührentner oder geringfügig Beschäftigte für die Kontrolle einzustellen. Der Heimatverein Südlohn als Antragsteller kann nach ihrer Auffassung mit dem vorgelegten Konzept nicht zufrieden sein. Es sollte daher zurückgezogen und überarbeitet werden. Verstöße gegen die ordnungsbehördliche Verordnung sollten sofort mit Bußgeldern belegt werden.

Die Ausführungen in der Vorlage zur Anmeldung der Hunde zur Hundesteuer bzw. nach dem Landeshundegesetz sind für die Fraktion selbstverständlich und waren auch nicht Gegenstand des Verwaltungsauftrages.

Der **BM** verweist auf die Niederschrift über die Sitzung vom 23.08.2006, wonach auch Regelungen zur Anmeldung der Hunde vorgelegt werden sollten.

Die Vorlage enthält nach Auffassung der **CDU-Fraktion** den richtigen Ansatz, indem die Bürger zur Zivilcourage aufgefordert werden und zunächst in persönlichen Ansprachen selbst Überzeugungsarbeit leisten, bevor letztlich Bußgeldverfahren eingeleitet werden. Der angesprochene Verwaltungsaufwand wäre ungleich höher, wenn jemand zur Kontrolle und Überprüfung eingestellt würde. Das in der Vorlage beschriebene Vorgehen wird daher als maßvoll angesehen. Ein Denunziantentum wird vermieden, da es nicht Ziel ist Bußgelder zu verteilen, sondern zu überzeugen.

Ergänzend regt die Fraktion an, dass mit der Anmeldung der Hunde bzw. mit dem Jahresbescheid über die Grundbesitzabgaben ein Informationsflyer mit Darstellung der Pflichten des Hundehalters ausgegeben wird. Im Übrigen betreffen die Verunreinigungen nach der ordnungsbehördlichen Verordnung nicht allein den Hundekot, sondern auch die Verunreinigungen durch andere Tiere, insbesondere von Pferden.

Hinsichtlich der möglicherweise bislang ausgebliebenen Anmeldung von Hunden zur Hundesteuer erneuert die Fraktion ihren Vorschlag, bis Ende 2006 auf die Einleitung eines Bußgeldverfahrens zu verzichten.

Der **BM** macht deutlich, dass mit dem vorgeschlagenen Weg nicht Denunziantentum gefördert, sondern ein Einstieg in die Thematik gefunden werden soll, mit dem versucht wird, die Angelegenheit soweit wie möglich in den Griff zu bekommen. Von daher sollte der mit diesem Konzept vorgeschlagene Weg beobachtet und nach ca. 12 Monaten bilanziert werden.

Beschluss:

**17 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
4 Enthaltungen**

Die im Konzept zur Hundehaltung aufgeführten Handlungsempfehlungen werden beschlossen. Nach Ablauf eines Jahres ist von der Verwaltung über die Umsetzung zu berichten.

TOP 6: Anträge

6.1 UWG-Fraktion vom 31.08.2006 betr. Verbesserung der Betreuungssituation von Kindern und Jugendlichen in Südlohn und Oeding (Sitzungsvorlage Nr. 80296)

Die **UWG-Fraktion** ergänzt, dass Zielsetzung des Antrages ein verbesserter Informationsaustausch unter allen an der Betreuung von Kindern und Jugendlichen beteiligten Gruppen/Einrichtungen und darüber hinaus ist. Durch den angestrebten Gedankenaustausch sollen Möglichkeiten zur Verbesserung der Betreuungssituation entwickelt und gegebenenfalls gezielt umgesetzt werden. Hierdurch kann auch auf neue gesetzliche Bestimmungen sowie geänderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen reagiert werden. Durch die Einbeziehung lokaler Gruppen und Berücksichtigung der lokalen Begebenheiten sollen auf lokaler Ebene Verbesserungen erzielt werden. Die Umsetzung des Antrages sollte nach Möglichkeit zeitnah erfolgen.

Der **BM** erinnert an die bereits vor Jahren vom Kreisjugendamt initiierte „Lokale Arbeitsgemeinschaft“ zur Verbesserung der Jugendarbeit in Südlohn und Oeding. Die Erkenntnisse und Vorschläge aus dem vorliegenden Abschlussbericht der AG werden bereits seit Jahren kontinuierlich umgesetzt. Er schlägt vor, den jetzt vorliegenden Antrag zum Anlass zu nehmen, diesen im zuständigen Soz-pp. Ausschuss weiter zu beraten und mit dem Kreisjugendamt Borken weiter zu entwickeln.

Auch die **CDU-Fraktion** erinnert an die bisherigen Initiativen im Rahmen der lokalen Arbeitsgemeinschaft im Jugendbereich sowie an einen früheren Antrag der SPD-Fraktion zur Bildung eines „lokalen Bündnisses für Familie“. Der Demografiebericht des Kreises Borken zeigt ferner in diesem Punkt Handlungsbedarf. Auch sie schlägt vor, dass die Angelegenheit im Sozial-pp. Ausschuss weiter beraten wird und dort die verschiedenen Aspekte unter Einbeziehung vorliegender Berichte und Informationen zusammengefasst werden. Auf dieser Basis kann dann entschieden werden, welche Schritte und Maßnahmen sinnvoll und notwendig sind und gegebenenfalls gebündelt werden müssen.

RM Schleif stimmt dem vorliegenden Antrag zu. Durch diesen Antrag könnte erstmalig ein vollständiges Konzept für die Gesamtgemeinde entwickelt und vorgelegt werden. Damit würde dann erreicht, dass die verschiedenen Einrichtungen (Kindergärten, Jugendhäuser sowie Schulen) nicht mehr streng getrennt voneinander sondern miteinander arbeiten. Der Fachausschuss sollte bei den weiteren Schritten nur moderierend tätig sein. Die Detailarbeit ist in Arbeitskreisen und ähnlichen Gremien zu leisten.

Auch die **SPD-Fraktion** unterstützt den vorliegenden Antrag, da viele Planungsvorhaben auf Kreisebene bislang nur schleppend vorgebracht worden sind. Bei den weiteren Beratungen im Fachausschuss ist der zu erwartende Beschluss des Kreises Borken zur Beteiligung an dem „Bündnis für Familie“ mit einzubeziehen.

Der **BM** stellt Einigkeit im Gemeinderat fest, dass in diesem Bereich Handlungsbedarf gesehen wird. Neben diesem „ob“ stellt sich die Frage des „wie“, also welches Konzept entwickelt wird und wer hieran beteiligt wird. Er schlägt vor, dass sich hier zunächst der Sozial-pp. Ausschuss mit der Thematik befasst und dabei eng mit dem Kreisjugendamt kooperiert. Einigkeit besteht ferner darin, dass mit diesem Konzept die Kinder in der Gemeinde durchgängig bis zum Erwachsenwerden begleitet werden sollen.

Dem Vorschlag, die Angelegenheit weiter im Sozial-pp. Ausschuss zu beraten, stimmt der Gemeinderat zu.

**6.2 UWG-Fraktion vom 31.08.2006 betr. Situationsbericht zum Baugebiet
„Burloer Str./West“
(Sitzungsvorlage Nr. 80297)**

Allen **RM** liegt die Sitzungsvorlage Nr. 80273a zur Beantwortung des Antrages der **CDU-Ratsfraktion** vom 06.06.2006 in dieser Angelegenheit vor.

Da die Fragen der CDU-Fraktion mehr in die Vergangenheit gerichtet sind, bittet die **UWG-Fraktion** um ergänzende Beantwortung der von ihr gestellten Fragen, die sich insbesondere auf die weitere Vorgehensweise beziehen.

Der **BM** erinnert an den bereits in der Ratsitzung am 10.05.2006 gegebenen Sachstandsbericht.

Die **CDU-Fraktion** unterstützt den Antrag der UWG-Fraktion auf Beantwortung der ergänzenden Fragen, wobei ihr der Antrag in einigen Punkten nicht klar definiert ist.

Beschluss: **19 Ja-Stimmen**
5 Enthaltungen

Die Verwaltung wird beauftragt, die mit Schreiben vom 31.08.2006 vorgelegten Fragen zu beantworten.

**TOP 7: Festsetzung des Ablösungsbetrages für den Stichweg abzweigend von der
„Ossenschloge“ in Südlohn
(Sitzungsvorlage Nr. 80301)**

Beschluss: **23 Ja-Stimmen**
1 Enthaltung

Für die Herstellung des Stichweges abzweigend von der Ossenschloge entlang der Grundstücke Gemarkung Südlohn, Flur 21, Flurstücke 1, 33, 63, 65, 66, 68 und 145 wird der Ablösungsbetrag auf 1,33727 €/m² anrechenbare Grundstücksfläche festgesetzt. Die entsprechend mit den Anliegern geschlossenen bzw. noch abzuschließenden Ablösungsverträge werden genehmigt.

TOP 8: Mitteilungen und Anfragen

8.1 Ortsumgehung Oeding

Das Landeskabinett NRW hat in seiner Sitzung am 19.09.2006 den vorliegenden Vertrag mit der Provinz Gelderland genehmigt.

In einem persönlichen Gespräch hat der zuständige Landesverkehrsminister Wittke angekündigt, den Vertrag nach Möglichkeit persönlich unterzeichnen zu wollen. Augenblicklich findet eine Terminabstimmung statt.

8.2 Sitzungsverlegung

Die nächste Sitzung des Gemeinderates wird wegen des 60. Geburtstages des Landes NRW vom 25.10.2006 auf Donnerstag, den 02.11.2006 verlegt.

8.3 Fußgängerüberweg an der Winterswyker Straße/Fürst-zu-Salm-Horstmar-Straße/Panofen in Oeding

Das Antwortschreiben des Landrates als Kreispolizeibehörde vom 07.09.2006 zu den vorliegenden Anträgen der Gemeinde wird in Fotokopie allen Ratsmitgliedern ausgehändigt.

8.4 Neuregelung bei dem Verbrennen von Schlagabraum

Aufgrund der Änderung der Verordnung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des technischen Umweltschutzes ist ab sofort für die Erteilung von Genehmigungen für das Verbrennen pflanzlicher Abfälle die örtliche Ordnungsbehörde zuständig.

In den letzten Jahren hatte der Kreis Borken das Verbrennen von pflanzlichen Abfällen bzw. Schlagabraum aus Maßnahmen zur Pflege von Wallhecken, Windschutzstreifen, Kopfbäumen sowie Ufergehölzen außerhalb der bebauten Ortslagen durch eine Allgemeinverfügung der Unteren Abfallwirtschaftsbehörde geregelt.

In Anlehnung an die bisherige Verfahrensweise wird im nächsten Amtsblatt eine entsprechende Allgemeinverfügung für die Gemeinde Südlohn erlassen, mit der allgemein im Zeitraum 15.10.2006 bis 15.03.2007 unter Beachtung bestimmter Auflagen der Schlagabraum außerhalb der bebauten Ortslagen in der Gemeinde Südlohn verbrannt werden darf. Das Verbrennen pflanzlicher Abfälle aus privaten Haushaltungen und aus Kleingärten ist damit weiterhin nicht grundsätzlich erlaubt.

Für das Verbrennen von Schlagabraum im Wald ist weiterhin das Forstamt und für das Verbrennen von pflanzlichen Abfällen von landwirtschaftlichen oder erwerbsgärtnerisch genutzten Grundstücken künftig die örtliche Ordnungsbehörde im Benehmen mit der Landwirtschaftskammer zuständig.

8.5 Umstellung vom „gelben Sack“ auf die „gelbe Tonne“

RM Battefeld fragt an, ob und inwieweit ähnlich dem Beispiel in der Gemeinde Legden eine Umstellung von den „gelben Säcken“ auf die „gelbe Tonne“ vorgesehen ist.

Die Angelegenheit wurde bereits früher sehr unterschiedlich diskutiert. Ein konkreter Bedarf ist der Verwaltung nicht bekannt.

RM Vedder ergänzt, dass umwelttechnische Entwicklungen zukünftig weniger ein Sortieren notwendig machen werden. Außerdem erinnert er daran, dass das DSD-System augenblicklich generell auf dem Prüfstand steht.

8.6 Umsetzung des 100-Alleen-Programmes des Landes NRW

RM Schmeing erkundigt sich danach, wann die Baumpflanzaktion zur Schaffung einer Allee entlang der K 21 zwischen Südlohn und Oeding fortgesetzt wird, zumal das Land NRW jetzt im Haushalt hierfür entsprechende Finanzen bereit stellt.

Vorgesehen ist, die im Mai 2006 begonnene Maßnahme im Herbst dieses Jahres fortzusetzen. Die Finanzierung des Pflanzgutes ist über die Naturfördergesellschaft des Kreises Borken und über die Stiftung Kulturlandschaftspflege des Kreises Borken gesichert.

RM Schleif fragt ergänzend an, wer für die Pflege zuständig ist.

Die Stiftung Natur und Landschaft des Westlichen Münsterlandes bei der Biologischen Station in Zwillbrock wird die Pflege und Unterhaltung der angepflanzten Bäume übernehmen.

8.7 Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden im Bereich des Bauhofes

Ausgehend von den aktuellen Diskussionen zur Schaffung eines interkommunalen Bauhofes bei der EGW in Gescher-Estern durch den Kreis Borken und die Kommunen Gescher, Velen sowie evtl. Stadtlohn erkundigt sich **RM Sievers** nach Möglichkeiten einer Kooperation mit Nachbargemeinschaften, indem gemeinschaftlich Großgeräte und Ähnliches angeschafft und genutzt werden. Die Eigenständigkeit des Bauhofes Südlohn soll dabei jedoch nicht angetastet werden.

In der Vergangenheit hat es bereits verschiedentlich Gespräche gegeben, dass z. B. der Kreisbauhof auch für die Gemeinde Südlohn verschiedene Leistungen durchführt, die jedoch an den Kosten scheiterten. Weitere Gespräche mit dem Nachbargemeinden Stadtlohn und Vreden führten aufgrund der unterschiedlichen Anforderungen und Größen der Kommunen zu keinem Ergebnis. Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang, dass die Maschinen Jahreszeit bedingt häufig zeitgleich genutzt werden müssen und dass neben anzustrebenden Synergieeffekten insbesondere Kostengesichtspunkte zu beachten sind.

RM Kahmen erinnert an die Beschlusslage des Bau-pp. Ausschusses, bei jeder größeren Beschaffung eine gemeinsame Beschaffung und Nutzung mit Nachbargemeinden zu prüfen.

8.8 Gehweg vor dem Franziskus-Stift am Breul in Südlohn

In Ergänzung zur Anfrage in der Sitzung am 23.08.06 (TOP I.8.3) bittet **RM Brüning** um weitere Erläuterung, da der Gehweg früher breiter war und vor dem Hintergrund dass in jüngster Zeit Vermessungsarbeiten auf dem Grundstück des Franziskus-Stiftes durchgeführt wurden.

Der Gehweg vor dem Franziskus-Stift ist schmaler als unmittelbar vor oder hinter der Neubaumaßnahme. Die Gespräche mit dem Henricus-Stift sind noch nicht abgeschlossen. Eine Lösung soll evtl. zusammen mit der gärtnerischen Gestaltung der Freifläche zwischen dem Franziskus-Stift und dem Parkplatz „Apfelgarten“ (ehemaliger Lärmschutzwall) erzielt werden.

8.9 Probleme bei der Grünannahme auf dem Bauhof in Südlohn

Beim letzten Termin der Grünannahme kam es nach Mitteilung von **RM Brüning** zu einer „Eskalation“ zwischen Bürgern und einem Gemeindearbeiter. Er fragt an, ob evtl. die Personalknappheit auf dem Bauhof verbunden mit einem hohen Krankheitsstand der Grund war.

Es wird auf eine Beantwortung im nichtöffentlichen Teil der heutigen Sitzung verwiesen.

8.10 Kommunale Dienstleistungsgesellschaft mbH

RM Schleif fragt an, ob und inwieweit bei der KDG neue Überlegungen hinsichtlich der wettbewerbsrechtlichen Bestimmungen der VOB bestehen.

Neuere Überlegungen sind nicht bekannt.

8.11 Presseberichterstattung aus Rats- und Ausschusssitzungen

Der **BM** dankt dem Mitarbeiter der Münsterland Zeitung, **Herrn Mario Holthaus**, namens des Rates und der Verwaltung für die bisherige Berichterstattung aus den Sitzungen des Gemeinderates und der Ausschüsse und wünscht ihm für seinen weiteren beruflichen Werdegang alles Gute.

Herr Holthaus wird am 01.10.06 sein Volontariat bei der Lokalredaktion der Münsterland Zeitung in Ahaus beenden.

II. Nichtöffentlicher Teil

Beckmann

Schlottbom

Anlage

**Persönliche Erklärung zur Anlage zur Niederschrift über die Ratssitzung vom
23.08.2006**

Persönliche Erklärung des Ratsmitgliedes Hermann Josef Frieling zu TOP I.2.1

Das Ratsmitglied Manfred Schmeing hat in der Ratssitzung vom 23.08.2006 die Wiedergabe seines Antrages bemängelt und eine persönliche Erklärung, welche als Anlage zur Niederschrift über die Ratssitzung vom 23.08.2006 beigefügt wurde, abgegeben.

Eine Konkretisierung oder Vervollständigung seines Antrages, wie angekündigt, ist der Erklärung nicht zu entnehmen.

Allerdings nutzte das Ratsmitglied Manfred Schmeing die Erklärung zur „Vervollständigung seines Antrages“ zur Abgabe einer persönlichen Erklärung, welche geeignet ist, mich zu diskreditieren, in dem mir unterstellt wird, ich hätte den Rat belogen, wenn ich nicht Beweise für eine Genehmigung der Veröffentlichung des Photos über die anlässlich des „Frühjahrsputzes“ gefundenen Plakate der Grünen beibringen würde.

Es entsteht der Eindruck, dass persönlich in unlauterer Weise gegen mich vorgegangen wird, um meine Person und die CDU – Fraktion zu diskreditieren. Es wäre dem Ratsmitglied Manfred Schmeing ein Leichtes gewesen, ohne öffentliche „Verunglimpfungen, mutwillige Unterstellungen, üble Nachrede und persönliche Beleidigungen“ den Urheber des Photos, welcher ein **politischer Vertrauter** des Ratsmitgliedes Manfred Schmeing ist, zu befragen, um zu erkennen, dass ich die Wahrheit geäußert habe, ohne mich und die CDU – Fraktion zu verunglimpfen. In diesem Zusammenhang erinnere ich an den Antrag der SPD (Sitzungsvorlage Nr. 80247 zur Sitzung des Rates am 10.05.2006), gestellt vom Ratsmitglied Manfred Schmeing, in welchem wörtlich formuliert ist, „Verunglimpfungen, mutwillige Unterstellungen, üble Nachrede und persönliche Beleidigungen dienen nicht einer konstruktiven, auf das Wohl der Gemeinde ausgerichteten Politik“. Soll der Inhalt des vorgenannten Antrages nur für andere Personen als den Antragsteller gelten?

Ich habe dem Bürgermeister die schriftlichen Dokumente meiner Anfrage an den Bildautor vom 13. März 2006 zur Verfügung gestellt, aus denen zweifelsfrei hervorgeht, dass die Verwendung des Fotos für die Internetnutzung der CDU beabsichtigt war. Der Fotograf stellte das Bild ohne jede Einschränkung am gleichen Tag digital zur Verfügung.

Das Ratsmitglied Manfred Schmeing mag seinen eigenen Antrag verinnerlichen. Auch und gerade wegen der Umsetzung einer politischen Leitkultur erwarte ich eine Entschuldigung des Ratsmitgliedes Manfred Schmeing in öffentlicher Form, da ansonsten eine angemessene Gegendarstellung der von ihm öffentlich geäußerten „Verunglimpfungen, mutwilligen Unterstellungen, üblen Nachrede und persönlichen Beleidigung“ nicht gewährleistet ist.

gez. Hermann Josef Frieling